

weiter bilden

DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung

Dr. Linus Westheuser, Mitautor der
»Triggerpunkte«-Studie, im Gespräch mit Jan
Rohwerder zu politischer (Selbst-)Exklusion und
warum Streit für eine Demokratie wichtig ist.

Schlagworte: Deutschland; Politische Bildung; Gesellschaft; Polarisierung; Demokratie; Weiterbildung; Teilnehmer

Zitiervorschlag: Rohwerder, J. (2024). Die Erosion des Politischen in der Mitte ist eine Gefahr für die Demokratie. *weiter bilden*, 31(3), 14-18. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/WBDIE2403W005>

Politische Bildung in
unübersichtlichen Zeiten
Neue Wege und Formate
zur Demokratiestärkung in
der Arbeitswelt

»Die Erosion
des Politischen
in der Mitte«
Linus Westheuser
im Gespräch

Demokratie
als Kompetenz
Kompetenzrahmen
aus Sicht der
politischen Bildung

AUSGABE 3 — 2024

E-Journal Einzelbeitrag
von: Jan Rohwerder

Die Erosion des Politischen in der Mitte ist eine Gefahr für die Demokratie.

weiter bilden spricht mit Linus Westheuser

aus: Bilden für die Demokratie (WBDIE2403W)

Erscheinungsjahr: 2024

Seiten: 14 - 18

DOI: 10.3278/WBDIE2403W005



»Die Erosion des Politischen in der Mitte ist eine Gefahr für die Demokratie.«

WEITER BILDEN spricht mit Linus Westheuser

Jüngste Wahlerfolge für die Ränder des politischen Spektrums lassen eine stärker werdende Polarisierung der Gesellschaft vermuten. Viele Menschen halten dies für eine Krise der Demokratie. Dr. Linus Westheuser, Mitautor der »Triggerpunkte«-Studie, plädiert dafür, den Blick auf die Mitte der Gesellschaft zu richten. Redakteur Jan Rohwerder sprach mit ihm über politische (Selbst-)Exklusion und warum Streit für eine Demokratie wichtig ist.

WEITER BILDEN: Gemeinsam mit Stefan Mau und Thomas Lux haben Sie vergangenes Jahr das Buch »Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft« veröffentlicht, das seitdem große mediale Aufmerksamkeit erfahren hat. Deshalb möchte ich mit einer Gegenwartsdiagnose anfangen: Wie ist der Zustand der Gesellschaft, in der wir uns gerade befinden?

LINUS WESTHEUSER: (lacht) Das ist eine ganz schön große Frage für einen Soziologen.

Dann vielleicht konkreter: In Ihrer Studie untersuchen Sie vier so genannte »Ungleichheitsarenen«, in denen die vier zentralen sozialen Konfliktlinien in unserer Gesellschaft verlaufen – Sie nennen sie »Oben-Unten-Ungleichheiten«, »Innen-Außen-Ungleichheiten«, »Wir-Sie-Ungleichheiten« und »Heute-Morgen-Ungleichheiten«. Wie ist es um diese Konfliktlinien in unserer Gesellschaft bestellt, der ja oft nachgesagt wird, dass sie sich immer weiter polarisiert?

Auch das ist eine schwierige Frage, weil ich das Gefühl habe, dass seit Veröffentlichung des Buches eine eigene Dynamik eingesetzt hat, die ein bisschen anders ist als die, die wir im Buch beobachteten. Aber ich glaube, die grundsätzlichen Erkenntnisse unserer Studie sind weiterhin gültig. Was wir dort beobachten ist, dass sich die Mehrheit der Befragten nicht an den klar entschiedenen Rändern von einem Meinungsspektrum positionieren, sondern in der Mitte. Und das beobachten wir nicht allein, das ist eine Art offenes Geheimnis der Public-Opinion-Forschung, dass bei den Antworten auf die meisten Fragen eine Glockennormalverteilung stattfindet und sich die große Mehrheit in der Mitte positioniert. Oft wird dann geschaut, wer an den Polen steht, welche Gruppen sich da finden, welches soziale Profil sie ha-

ben und wie bspw. deren Wahlverhalten ist. Und darüber werden die Konfliktlinien rekonstruiert, die eine Gesellschaft bestimmen. Das ist sehr relevant, und es gibt zahlreiche interessante Studien darüber. Auch wir können in unserer Studie feststellen, dass Deutschland keine besonders stark polarisierte oder gar gespaltene Gesellschaft ist. Aber was ich eigentlich fast noch interessanter finde und was wir in dem Buch sehr in den Fokus nehmen, ist diese Mitte, die oft nicht genau untersucht wird.

für befugt halten, eine politische Meinung zu bilden und auszudrücken. Politik wird als professionalisierte Sphäre wahrgenommen, die von Berufspolitikerinnen und -politikern und von Expertinnen und Experten bevölkert wird, zu denen man selbst nicht gehört. Diese Sphäre ist weit weg, und deshalb nimmt man sich selbst aus dem Spiel. Bourdieu bezeichnet dies als Ausschluss, der mit Selbstausschluss beantwortet wird – eine sich selbst verstärkende Form der politischen Exklusion. Und diese Exklusion ist sehr klassenspezifisch: Je weiter unten man in der sozialen Hierarchie steht, desto stärker ist sie ausgeprägt.

Worin drückt sich das aus?

»Diese Sphäre ist weit weg, und deshalb nimmt man sich selbst aus dem Spiel.«

Warum finden Sie die so interessant?

Weil die Mitte oft einen positiven Beiklang hat, als wären dort die aufgeklärten, liberalen Zentristen versammelt, die sich nicht zu vorschnellen Urteilen hinreißen lassen, die immer differenzieren. »Mitte« als Begriff hat ganz viele positive Assoziationen. Was aber eher dahintersteht, ist eigentlich eine Entpolitisierung und Entideologisierung der Gesellschaft, die nicht nur positiv ist.

Wie meinen Sie das?

Diese Positionierung in der Mitte kann bedeuten, dass Menschen sich nicht

am sichtbarsten in der Wahlenthaltung. Aber es geht auch noch tiefer um die Frage, ob man überhaupt willens ist, eine Meinung auszudrücken, sich zu positionieren – inklusive in Umfragen. Und da ist, glaube ich, eine Erosion von Demokratie dort angelegt, wo man sie eigentlich am wenigsten erwartet, nämlich in der Mitte. Normalerweise nimmt man die Gefahr für die Demokratie eher an den Rändern wahr – was natürlich im Falle des Rechtsradikalismus auch stimmt, der eine wachsende Bedrohung darstellt. Aber diese Erosion des Politischen in der Mitte ist eben auch eine Gefahr für die Demokratie, vor allem in der sozialen Form, die sie jetzt annimmt, dass es vor allem die gesellschaftlich beherrschten Klassen und Gruppen sind, die sich am weitesten entfernt sehen von der Politik. Vor allem, weil es der Frage, über was im Politischen gestritten wird, vorgelagert ist: Viele Menschen nehmen in ihrem alltäglichen Leben gar nicht teil an der Sphäre des gesellschaftlichen Diskurses, oder vielleicht punktuell. Das Politische ist kein besonderer relevanter Teil ihres Lebens oder ihrer Identität. Da wird vielleicht im Pausenraum kurz darüber geredet, dass jetzt die Preise steigen, dass viele Geflüchtete gekommen sind usw. Aber es gibt keine

Vehikel, die den Meinungen, die man da entwickelt, Wirkung in der politischen Sphäre verschaffen würden. Und diese fehlende Vermittlung führt dann zu Passivität.

Sind diese Menschen für die von Ihnen untersuchten »Trigger« besonders empfänglich?

Ich glaube, alle lassen sich triggern. Triggerpunkte werden ausgelöst, wenn Ungleichbehandlungen oder Normalitätsverstöße wahrgenommen werden, wenn etwas als Verhaltenszumutung empfunden wird oder Entgrenzungen befürchtet werden. Sie kommen also zum Tragen, wenn normative Hintergrunderwartungen verletzt werden. Auch sehr gebildete, politisch sehr gut informierte Leute haben bestimmte Punkte, die sie wahnsinnig triggern. Man hat zum Beispiel im Kontext des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine oder des Kriegs in Gaza sehen können, dass es auch innerhalb von hochgebildeten Gruppen zu wahnsinnig aufgeladenen Konflikten kam. Aber wenn man fern ist von jedem politischen Geschehen und keine kollektive Handlungsfähigkeit erlebt, dann sind diese Trigger das Einzige, was bleibt. Nehmen wir den Kleinstadtrechtsanwalt, der im Lions Club ist oder in der lokalen Industrie- und Handelskammer eine Rolle spielt: Der ist durch die Einbindung in diese Art von Institutionen viel näher dran an irgendeiner Art von Wirkung, die er entfalten kann. Vielleicht auch allein deshalb, weil er eine kleine, aber doch existente diskursive, symbolische Macht innehält, die jemand, der überhaupt nicht in solche Strukturen eingebettet ist, nicht besitzt. Und für diese Menschen sind diese Trigger dann oft das Einzige, was sie mit der politischen Sphäre verbindet. Besonders problematisch daran ist, dass es der Politik oft nicht darum geht, diese Menschen zu befähigen, Teil des demokratischen Prozesses zu werden, sondern sie in ein Reiz-Reaktionsschema hineinzudrängen,

gen, bei dem sie auf irgendeinen Slogan anspringen, der gerade lanciert wird. Das kann man aktuell in den Migrationsdebatten verfolgen: Es wird Angst geschürt und dann gleichzeitig ein politisches Angebot gegeben, das diese Angst lindern soll. Aber dabei handelt es sich um ein manipulatives Verhältnis.

Werden nicht die Grünen in letzter Zeit zu einer Art »Hassgegner« aufgebaut?

Hier kann man tatsächlich beobachten, dass nicht mehr klar unterschieden wird zwischen dem Handeln der Partei oder ihrer Repräsentanten in der Regierung und ihren Anhängern. Da werden die Grünen als gesellschaftliche Gruppe Gegenstand des Hasses, und das ist ein Phänomen der affektiven Polarisierung, die, vielleicht kann man es so ausdrücken, dort gerade ausprobiert wird. Und man bekommt das Gefühl, dass es in bestimmten Kreisen sehr gut zieht. Offen ist, ob das das neue Modell wird, Politik zu machen, d.h. auch inhaltliche Themen, wie zum Beispiel Klimaschutz, Gleichstellung oder Migration, so zu verhandeln. Dass es also weniger um konkrete Inhalte geht als darum, die gegnerischen Positionen einer verhasschten Gruppe zuzuschreiben. Das wäre ein Signum von der affektiven Polarisierung der Politik.



DR. LINUS WESTHEUSER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Lehrbereich Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

linus.westheuser@hu-berlin.de

Bedeutet das, dass Polarisierungen, wenn sie auftreten, nicht dauerhaft sind, sondern eher affektgesteuert?

Ja und nein. Was wir sehen, ist, dass die ideologischen Polarisierungen in der deutschen Gesellschaft nicht sehr ausgeprägt sind. Ob es sich jedoch um affektive Polarisierungen handelt, ist aber auch eine offene Frage. Das wird in der Politikwissenschaft intensiv erforscht. Wenn man die klassischen Messwerte nimmt, z. B., wie sehr man die politischen Gegner hasst, einfach nur, weil sie politische Gegner sind, dann sieht man, dass affektive Polarisierung in Deutschland nicht sehr ausgeprägt ist, gerade auch im Vergleich zu Ländern wie den USA oder auch Italien.

Werden damit – wenn man mehr über das Setzen eines Gendersterns als über Gleichstellungsfragen redet oder mehr über Geflüchtete beim Zahnarzt als über die weiter auseinanderklaffende Schere zwischen arm und reich – andere, vielleicht die »echten« Konflikte dethematisiert oder verschleiert?

Darauf muss ich zwei Antworten geben. Das eine ist, dass natürlich auch symbolische Konflikte reale Konflikte sind. Rund um das Gendersternchen werden auch reale Machtverhältnisse verhandelt. Es ist nur insofern auch ein Scheinkonflikt, als dass die große Mehrheit der Bevölkerung eigentlich gerne einen entspannten Umgang damit hätte und deshalb diese Gegnerschaft eigentlich konstruiert ist. Aber das Gendern ist ein Triggerpunkt, und als solcher wird er genutzt.

Es geht darum, dass mir vermeintlich jemand sagt, was ich in meiner privaten Sphäre zu tun oder zu lassen habe.

Wenn mein Chef mir auf der Arbeit sagt, was ich zu tun habe, dann ist das kein Triggerpunkt. Wenn ein Polizist mir sagt, was ich zu tun habe, dann ist auch das kein Triggerpunkt. Aber wenn mir in meiner Privatsphäre jemand reinredet, wo es darum geht, wie ich lebe, wie ich rede, wie ich esse, wie ich mich fortbewege und so weiter, ist das ein Verstoß gegen eine normative Grunderwartung der privaten Autonomie, die sehr stark verankert ist. Dabei ist die Vorstellung von Autonomieverlust größer bei denen, die ohnehin wenig Autonomie besitzen, also sozioökonomisch schlechter gestellt sind.

Es geht also um eine gefühlte Einschränkung der eigenen Handlungsfähigkeit?

Ja, deshalb thematisieren und skandalisieren bestimmte Akteure, wie beispielsweise Christoph Ploß, das Gendern immer wieder, weil sie wissen, dass es eine Reaktanz in den Leuten anspricht, also eine instinktive Ablehnung: »Lass mich in Ruhe, ich will leben, wie ich will!« Eine solche Reaktion ist auch erstmal weder gut noch schlecht, sie ist nachvollziehbar und menschlich. Problematisch ist, dass es so dargestellt wird, als sei das Setzen von Gendersternchen der entscheidende politische Konflikt. Und der ist es nicht, denn eigentlich geht es um die Frage, wie die Verhältnisse zwischen gesellschaftlichen Gruppen sind, also Geschlechtern oder auch sexuellen Minderheiten und Mehrheiten, ethnischen Minderheiten und Mehrheiten und so weiter. Wie ist es um die Verhältnisse bestellt, wie wird um sie gerungen? Was für Gleichheitsforderungen werden gestellt von Minderheiten, die historisch oder auch heute noch marginalisiert sind und die jetzt verlangen, auch mit am Tisch zu sitzen? Und was gibt es da für einen Widerstand von den etablierten Gruppen, die sich ihre Vorrechte nicht nehmen lassen wollen? Das sind die eigentlichen Konflikte, und es gibt auch Wege, solche Fragen

auszuhandeln – bzw. es könnte sie geben, wenn nicht die ganze Zeit diese Politik der Triggerpunkte gemacht würde.

Auch wenn die Antwort offensichtlich scheint, muss ich dennoch fragen: Warum wird diese Politik gemacht?

Weil sie wahnsinnig effektiv ist. Diese Triggerpunkte ziehen, das haben wir auch in unseren Fokusgruppen für die Studie sehr deutlich gemerkt. Wenn jemand das Wort »Genderstern« sagt, dann zucken alle zusammen und werden ganz aufgeregt und fangen an, ganz schnell und laut zu reden. Das ist natürlich ein gefundenes Fressen für politische Unternehmer. Aber es ist ein hohes Politikmodell, weil es nicht darum geht, Probleme wirklich zu lösen. Denn wenn das Gendern verboten ist, dann kommt das Nächste: Dann geht es darum, dass man nur noch Insekten essen darf und kein echtes Fleisch mehr. Es gibt immer irgendeine imaginäre Bedrohung, die erfunden wird, wenn man einmal in diesem Politikmodell drin ist. Das macht es zu einer verlogenen Form.

Und es lenkt – um auf die Frage von eben zurückzukommen – von eigentlichen Konflikten ab. Wie schon gesagt, auch immaterielle Anerkennungskonflikte sind real. Aber ich glaube, dass der Alltag der allermeisten Menschen am Stärksten strukturiert ist von dem, was wir Oben-Unten-Ungleichheiten nennen, von materiellen Fragen, von der Verfügung über Ressourcen, aber auch sozialen Rechten, die man im Alltag hat. Es geht darum, ob man einen Kita-Platz bekommt, sich Elternzeit nehmen kann, ob man am Ende des Monats noch Geld auf dem Konto hat. Das sind alles soziale Fragen, und es sind Verteilungsfragen, weil es immer darum geht, wer sich das gesellschaftliche Mehrprodukt aneignet. Sind es die Reichen? Sind es die Reichen und die Mittelschicht? Sind es alle? Und für die Verhandlung dieser Fragen oder Konflikte gibt es unterschiedliche Mechanismen, die von den Arbeits-

kämpfen am Arbeitsplatz bis zu gesellschaftlichen Institutionen der Umverteilung und der sozialen Absicherung reichen. Und um die wird gerungen in diesen Oben-Unten-Konflikten. Die meisten Probleme, die den Menschen das Leben schwer machen, sind in dieser Arena angesiedelt, und ich bin überzeugt, dass die Lösung für die allermeisten Alltagsprobleme der Menschen hier liegt. Es ist aber gleichzeitig die Arena, die am stärksten depolitisiert wird und über die nur ganz peripher gesprochen wird – und wenn, dann oft mit Triggerpunkten: Statt um wirkliche Umverteilung geht es um Arbeitsverweigerer im Bürgergeld – dabei handelt es hier im Vergleich zu den Profiten der Unternehmen um Pfennigbeträge.

Wenn es Verwerfungen, Polarisierungen in der deutschen Gesellschaft gibt, lassen sich diese am sozioökonomischen Status festmachen?

Ja, Klasse und Bildungshintergrund sind die beiden strukturellen Aspekte, bei denen wir die größten Unterschiede wahrnehmen und die die größten Auswirkungen haben, mehr als beispielsweise der Unterschied zwischen Stadt und Land. Diese Ungleichheiten zu adressieren, ist eine schwierige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ungleichheit schafft Pfadabhängigkeiten, die dazu tendieren, sich immer weiter zu verstärken.

Das zeigt sich auch in der Erwachsenenbildung: Je höher der Bildungsgrad, desto größer die Wahrscheinlichkeit, an Weiterbildung teilzunehmen.

Das finde ich nicht überraschend. Viele Menschen haben kaum Zeit, Energie und Ressourcen – sie kommen ausgelaugt von der Arbeit und wollen dann nicht auch noch eine Fortbildung oder einen Volkshochschulkurs besuchen. Auch da führt das eine dann zum anderen. Aber vielleicht wäre das ein Punkt, über den

man nochmal nachdenken könnte: Auch der Arbeitsplatz selbst könnte weiter demokratisiert werden und ein Ort der Deliberation sein. Ende vergangenen Jahres ist bei der Otto-Brenner-Stiftung eine Studie zu »Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland« erschienen, die zeigt, dass Menschen, die kollektive Handlungsfähigkeit am Arbeitsplatz erleben, deutlich geringere rechtsextreme Neigung aufweisen. Das weist darauf hin, dass kollektive Handlungsfähigkeit ein Gegengift ist gegen Ressentiments. Und da ist der Arbeitsplatz auch deshalb so zentral, weil die Menschen dort den Großteil ihrer Zeit verbringen und sie dort oft in heterogeneren Settings unterwegs sind – anders als in ihrer Freizeit, wo sie oft nur in ihrem Milieu verbleiben, in dem die politischen Meinungen relativ ähnlich sind. Der Arbeitsplatz wäre eigentlich ein spannender Ort für demokratische Bildung.

Dieses Argument äußern auch Robin Rosenwanger und Thomas Krüger von der Bundeszentrale für politische Bildung in einem Beitrag in diesem Heft. Warum ist der Arbeitsplatz so wichtig?

Axel Honneth hat ein wichtiges Buch dazu geschrieben, »Der arbeitende Souverän«. Er wehrt sich gegen die Vorstellung, dass man erst nach Feierabend zum demokratischen Subjekt wird, und drängt zu einer holistischen, integrierten Betrachtung: Die Bürgerinnen und Bürger sind auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und so muss man sie sich auch vorstellen.

Wenn ich Sie aber richtig verstehe, geht es beim Lernort Arbeitsplatz in Ihren Augen nicht nur um die Vermittlung von Wissen, sondern um das Erfahren von Wirksamkeit.

Ja. Auf der Ebene der Inhalte könnte man sich schon etwas vorstellen, das in Richtung »Wie gehe ich mit Triggerpunkten um?« geht. Eminent wichtig

ist aber, dass Veranstaltungen die Interessen der Lernenden berühren, im Arbeitskontext durchaus auch die materiellen Interessen. Zum Beispiel war es Teil des Wahlprogramms der Labour-Partei in Großbritannien im Jahr 2017, Teile des Unternehmensbesitzes an die Beschäftigten zu übertragen. Bei der Hauptversammlung sind sie dann Teil der Eigentümer und müssen – bestensfalls deliberativ – eine Haltung entwickeln, was und wie im Unternehmen produziert werden soll, in welche Richtung sich das Unternehmen entwickeln soll. Man übernimmt Verantwortung, und dabei werden ganz viele Lernprozesse angestoßen, auch im Sinne des Lernens für die Demokratie.

Die Erwachsenenbildung betont immer wieder, dass sie Räume bietet, in denen Menschen zusammenkommen und sich austauschen können, und dass allein dies eine wichtige, auch demokratische Funktion darstellt: sich mit anderen auseinandersetzen zu können.

Absolut! Ich war in den vergangenen Monaten auf sehr vielen Veranstaltungen mit dem Buch. Zwar bin ich da auch auf ein sehr selektives Publikum gestoßen, sehr viel höher gebildet als der Durchschnitt der Bevölkerung. Aber ich habe bemerkt, wie viel diskutiert wurde und wie wichtig es den Menschen war, eine solche Gelegenheit zur Diskussion zu haben, zu sprechen über die Konflikte, die wir in dem Buch zugänglich machen. Denn oft ist es so, dass man entweder in Konflikte gerät, die sich verselbstständigen und in die man sich verbeißt, oder aber, dass man gar nicht erst dahin kommt, wirklich zu diskutieren, gerade wenn es irgendwie um Politik geht. Viel zu oft lässt man sich nicht auf eine Diskussion ein, weil man nicht streiten möchte. Das ist auf der einen Seite zwar nachvollziehbar, auf der anderen aber problematisch, weil es in einer Demokratie doch genau darum geht: sich über

Themen und Sachverhalte verständigen, Positionen beziehen und – ja – auch um diese Positionen streiten. Diese Fähigkeit müssen wir – wieder? – erlernen. Und dabei geht es meiner Meinung nach nicht nur um sachliche Expertise, sondern auch um eine emotionale oder normativ-moralische Haltung zu politischen Fragen. Und eine solche Haltung entwickelt man nur im Austausch.

Sehen Sie die Demokratie zurzeit in Gefahr?

Wenn man Demokratie minimalistisch versteht im Sinne eines rechtsstaatlichen Rahmens und regelmäßig stattfindenden Wahlen mit anschließend friedlicher Übergabe der Macht, dann zurzeit nicht. Obwohl man auch bei diesem minimalistischen Verständnis die Entwicklung rund um eine mögliche Regierungsbeteiligung der AfD und die damit auftretenden Möglichkeiten, die rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen zu verändern bzw. auszuhöhlen, genau beobachten muss – wenn man in andere Länder blickt, kann man sehen, dass eine solche Gefahr real ist. Wenn man aber Demokratie nicht nur minimalistisch, sondern expansiver versteht, als Lebensform der Ermächtigung gerade von den Teilen der Bevölkerung, die eben nicht qua Besitz schon eine Macht ausüben, und damit als eine Art institutionalisierte Gegenmacht, sehe ich die Demokratie akut in einer Krise. Am deutlichsten sieht man das bei Fragen der Ungleichheit. In allen Umfragen wird bestätigt, dass den Menschen soziale Absicherung und soziale Ungerechtigkeit extrem wichtig sind, aber diese Themen bestimmen die politischen Debatten überhaupt nicht. Und das hat sicherlich auch damit zu tun, dass das politische System selektiv die Interessen der wohlhabenderen Teile der Gesellschaft prämiert und hervorgehoben behandelt.

Ich danke Ihnen sehr für das Gespräch!